

Nach der Grünen Revolution

von Malcolm Rodgers

Sri Lanka hatte früher Entwicklungsmodellcharakter für Länder der Dritten Welt. Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht zeigt jedoch, daß 25 Prozent der Inselbevölkerung noch immer unterhalb der Armutsgrenze leben. Was ist also falsch gelaufen? Und wie hoch waren die Kosten für die Umwelt bei den von der Weltbank gesponserten Versuchen, eine exportorientierte Wirtschaft zu fördern? Malcolm Rodgers, vom 'European NGO Forum on Sri Lanka', erklärt den Hintergrund.

Als sich in den 60-er Jahren die 'Grüne Revolution' über Asien ausbreitete und neue ertragsintensive Reiszüchtungen Millionen von Kleinbauern das Ende aller Armut verhiessen, war Sri Lanka bereits ein Entwicklungsmodell für Länder der 'Dritten Welt'. Angaben zu Analphabetentum, Kindersterblichkeit und Lebenserwartung waren durchaus vergleichbar mit denen vieler Industriestaaten. Eine Regierung, deren Politik es war, die Überlebenschancen von Kleinbauern zu garantieren, war in zunehmendem Maße bereit, durch Subventionen und Preisfestsetzung im Bereich der Grundversorgung mit Lebensmitteln und Waren in den Markt einzugreifen. Schrumpfende Exporte und sich anhäufende Auslandsschulden waren die Kosten eines solch introvertierten Wohlfahrtsstaates.

Der Regierungswechsel 1977 hatte eine Änderung der Wirtschaftspolitik zur Folge, die den strukturellen Anpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank entsprachen. Das neue Prinzip hatte exportorientiertes Wachstum und eine freie Marktwirtschaft im Blick. Die herrschende Meinung zu jener Zeit unter Wirtschaftsexperten der Weltbank beruhte auf der Annahme, daß die Gewinne aus nationalem Wachstums analog zur wirtschaftlichen Expansion allmählich zu den Armen durchsickern würden.

Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht des Wirtschaftsexperten Seamus Cleary zeigt, daß dies nicht geschehen ist. Fünfzehn Jahre Entwicklungsförderung durch die Weltbank haben wenige oder gar keine Spuren bei den Unterprivilegierten hinterlassen, und 25 Prozent von Sri Lankas 17 Millionen Menschen leben noch immer unterhalb der Armutsgrenze. Der Bericht, der von Entwicklungshilfeeagenturen des 'European NGO Forum on Sri Lanka' (In der BRD zählen das Diakonische Werk und Misereor zu den Mitgliedern) in Auftrag gegeben wurde, hebt wichtige Folgerungen hervor, die vielen Grundsätzen des doktrinären Ansatzes der Weltbank zur Armut in der 'Dritten Welt' widersprechen.

Weltbankprogramme ohne große Spuren für die Armen hinterlassen

Armut in Sri Lanka bleibt ein ländliches Phänomen, und in einer bäuerlichen

Gesellschaft leiden die Landlosen am meisten. Der Schwerpunkt auf exportorientiertes Wachstum hat in einem begrenzten Maße Arbeit für ungelernete Kräfte geschaffen, aber die feudale Gesellschaftsordnung auf dem Lande ist unberührt geblieben. Haushalte mit Frauen als Vorstand sind jetzt gefährdet, sagt der Cleary Report, in einem Land, wo mehr als 50.000 Männer in zehn Jahren Bürgerkrieg mit den tamilischen Guerillas im Norden und weitere 40.000 zwischen 1987 und 1990 in einem mißglückten Aufstand der sinhalesischen 'People's Liberation Front' (JVP) umgekommen sind.

Viele Beobachter in Sri Lanka geben der mangelnden Berufsperspektive unter der ländlichen Jugend die Schuld am Aufstand im Süden. Sie befürchten, daß bei einer Alphabetisierungsrate von 88 Prozent der Aufstand der nächsten Generation bereits vorprogrammiert ist. Der Cleary Report schildert, wie die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Von Sri Lankas Ankurbelung des Exports haben größtenteils die Geschäftseliten profitiert, während die Armen immer schneller auf einen Stillstand zusteuern.

Cleary ruft die Weltbank zu größerer Verantwortlichkeit und Transparenz in ihrer Beziehung zu Sri Lanka auf und schlägt dringend die Mitarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei Projektentwicklungen vor. Die Weltbank hat vor kurzem Armutsbekämpfung 'wiederentdeckt' und bekennt öffentlich, daß soziale Fürsorge genau so wichtig wie exportorientiertes Wachstum ist. Aber es widerstrebt ihr offensichtlich, dafür zu zahlen.

Janasaviya Programm

Die 'United National Party' (UNP) Regierung unter Präsident Ranasinghe Premadasa führt seit 1989 einen ständigen Krieg mit der Weltbank, um die Finanzierung von Sri Lankas ehrgeizigem Janasaviya Projekt zur Armutsbekämpfung zu sichern. Es hat zum Ziel, eine halbe Millionen Menschen aus der Armutsfalle heraus in den Kleinbetriebssektor zu holen.

Janasaviya zahlt über zwei Jahre die Hälfte einer monatlichen Unterstützung in Essensmarken aus und die andere Hälfte auf ein Konto. Gleichzeitig wer-

den die Empfänger in Gruppen zu selbständigen Kleinunternehmern ausgebildet. Die Weltbank beurteilte aber das 350 Millionen US-Dollar teure Armutprogramm als zu teuer und schlecht konzipiert und fror weitere Mittel bis zur Erstellung eines verbesserten, von NGOs umgesetzten Janasaviya Programms ein.

Der neue Janasaviya Trust Fund beinhaltet einen ländlichen Kreditplan, ein agrarbetriebliches Ausbildungsprogramm, einen Arbeitsbeschaffungsplan und ein Ernährungsprogramm für Mütter und Kinder. Die einheimischen NGOs stehen dieser Initiative aufgeschlossen, aber einer staatlichen Untersuchungskommission mißtrauisch gegenüber, die, so heißt es, auf Wunsch der Weltbank eingesetzt wurde, um die NGO-Mitarbeit im Jansaviya-Programm reibungslos zu gestalten. Sie befürchten, daß die NGO-Kommission dazu benutzt werden soll, Sri Lankas Menschenrechtsbewegung, die im Anschluß an die JVP-Aufstände im Süden zunehmend aktiv geworden ist, zum Schweigen zu bringen.

Auf einer Gipfelkonferenz der südasiatischen Staatengemeinschaft in Colombo (SAARC) verurteilte vor kurzem Präsident Premadasa die Versuche westlicher Nationen, Entwicklungshilfe aus dem Ausland mit Menschenrechtsangelegenheiten zu verknüpfen. Die sieben südasiatischen Staatsoberhäupter, die 20 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, richteten eine neue südasiatische Kommission zur Untersuchung von Armut ein, und im Juli dieses Jahres wurde Sri Lankas neues Ministerium für die Bekämpfung von Armut eröffnet. NGOs sagen, jetzt sollte es in dieser Region zu einem neuen Dialog zum Thema Armut kommen.

Als Teil der strukturellen Anpassung oder des wirtschaftlichen Reformpakets verlangte die Weltbank von Sri Lanka, einen großen Teil der staatlichen Industrien - wie Transport und Verkehr, Teeplantagen und Teile des Banksektors - zu privatisieren. Präsident Premadasa, ein kluger Populist mit fast 50 Jahren politischer Erfahrung, fördert den Ausverkauf als Teil seines Programms einer offenen Regierung. Beobachter fürchten aber, daß eine Kürzung im öffentlichen Sektor einen Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen bedeuten könnte.

Neue Ethik

Zwei Stunden von Colombo entfernt, im ländlichen Kreis Kurunegala, macht sich die neue Ethik der Privatisierung schon bemerkbar. Nur sieben der 21 Kreisbüros des staatlichen Paddy Marketing Board, das den Reisbauern zur Erntezeit einen fairen Preis sicherte, sind noch geöffnet. Die restlichen sind an

private Händler verkauft worden, die sofort ein lokales Ortskartell gegründet haben, um den Preis für Reis im Großhandel um 20 Prozent zu senken. Viele lokale Bauern sind nun Sharecroppers (Pächter, die ihre Pacht in Naturalien zahlen) oder Gelegenheitsarbeiter, nachdem sie ihr Land wegen Dürre oder steigender Preise verkaufen oder verpachten mußten.

Ein neuer Zusammenschluß von NGOs in Sri Lanka, das 'Committee for National Land and Agricultural Reforms' (CONCLAR), ist der Meinung, daß herkömmliche Ansätze landwirtschaftlicher Unterstützung überdacht werden müssen, wenn der Kleinbauer eine Überlebenschance haben soll.

In Sri Lankas Landwirtschaft herrschen Kleinbauern vor, von denen 67 Prozent weniger als 2 Morgen Land besitzen. Die Grüne Revolution der 60-er Jahre führte eine zerstörerische Abhängigkeit von externen Inputs, wie chemische Düngemittel, ein, die als unverzichtbar für die neuen ertragsintensiven Reissorten erachtet wurden. Transnationale Firmen führten außerdem Vertragsanbau ein, und ermutigten Dorfbewohner damit, Zucker, Tabak und andere Feldfrüchte direkt für den Export anzubauen.

Die jetzige Talfahrt begann vor zwei Jahren, sagt CONCLAR, als Präsident Premadasas Regierung nach einem Ultimatum der Weltbank die Subventionen für Düngemittel drastisch kürzte. Das Paddy Marketing Board konnte vorübergehend als Sicherheitsnetz dienen, aber die Gewinnspanne der Bauern ist gefährlich dünn, wodurch Verlust des eigenen Stück Lands oder Verschuldung immer größere Ausmaße annahm.

Will man erreichen, daß die Schere zwischen arm und reich je geschlossen wird, müssen Hilfe oder Subventionen, die auf der einen Ebene einer instabilen Wirtschaft zurückgezogen werden, auf einer anderen wieder eingesetzt werden. Diese Last haben oft die NGOs zu tragen. Die amerikanische Organisation CARE hat nun ein 3 Millionen US-Dollar Projekt in die Wege geleitet, das den Reisbauern in Sri Lanka preisgünstiges Saatgut sichern soll.

Dayapala, ein Bauer aus dem Kreis Polonnaruwa, ist nicht optimistisch. Bei den jetzigen Preisen von Pestiziden und Düngemitteln kostet ihn die Bestellung eines Reisfelds über 10.000 Rupien pro Morgen. Der Erlös für die Ernte seines Getreides wird höchstwahrscheinlich nicht höher als 11.000 Rupien sein. Bei 3 Morgen Land und zwei Ernten pro Jahr ist er noch immer ärmer als die meisten Nutznießer des Janasaviya Programms. Seine einzige Zuflucht ist der lokale Geldverleiher. Wenn der freie Markt, so befürchten Entwicklungshel-

fer, sich ohne Absicherung für den Kleinbauern auf dem Land ausbreitet, wird dies eine neue Feudalordnung zur Folge haben.

NGOs aus dem Umfeld von CONCLAR drängen auf umfassende Landwirtschaftsreformen, die den Bauern in Sri Lanka genug zum Leben und Perspektiven für die Zukunft geben. Die Treitmühle der landwirtschaftlichen Konjunktur wird zunehmend von transnationalen Monopolen beherrscht, die chemo-maschinellen Landwirtschaftsbetrieb fördern. Damit steuert Sri Lanka langsam auf eine ökologische Krise zu.

Die 'Grüne Revolution' hinterläßt eine 30-jährige Altlast, da die Bauern zunehmend von chemischen Düngemitteln abhängig geworden sind, die sie sich nicht mehr erlauben können. Der Boden verliert durch chemische Zusätze sehr schnell seine natürliche Fruchtbarkeit. Erträge fallen drastisch, sobald Düngemittel abgesetzt werden, was wiederum die Abhängigkeit und das Dilemma verstärkt.

In seiner Studie behauptet der Agronom Dr. Rohana Ulluwishewa von der Sri Jayewardenapura Universität in Sri Lanka, daß moderne Zusätze beim Ackerbau Sri Lankas traditionelles landwirtschaftliches Ökosystem destabilisiert haben, und zwar in solch einem Maße, daß Modernisierung progressiv die Erhaltung unterminiert.

In weiten Teilen der Trockenzone, wohin fast 200.000 Bauern seit Anfang 1960 umgesiedelt worden sind, wurde das empfindliche ökologische Gleichgewicht zwischen Dorf und Urwald durch chemischen Ackerbau zerstört. Außerdem hat gewissenloses Abholzen 43 Prozent der Inselbewaldung auf dem Gewissen.

Moderne landwirtschaftliche Methoden sind eher dazu angelegt, Armut zu verursachen als sie in den Griff zu kriegen, sagt Dr. Ulluwishewa. Die 'Grüne Revolution' ist selber zur Krankheit geworden.

(Übersetzung: Uta Uchegbu)

Weitere aktuelle Informationen zum Thema Sri Lanka auf den 'Gelben Seiten' im Heftinneren